

Die neue Schulorganisation.

Von
Paul Silberbrandt.

Schulpolitik ist ein Teil der allgemeinen Politik. Auch für sie gelten die Gesetze, die die allgemeine Politik bestimmen. Und unter ihnen als erstes, daß sämtliche Parteien zusammenarbeiten müssen, wenn etwas Ersprießliches herauskommen soll. Seit langer Zeit stehen sich nun im Lehrerstande die beiden Parteien der Fortschrittler und Konservativen gegenüber; dort die Volksschullehrer, hier die Oberlehrer. Vor der Revolution standen jene in der Opposition, diese waren sozusagen „Regierungspartei“. Jetzt ist's umgekehrt, und man muß sich die Opposition bequemen, nicht nur abzulehnen, sondern fruchtbar mitzuarbeiten, damit sie bei der Schaffung der neuen Schule nicht überhandnimmt, ihre Vorbehalte und Bedenken wirklich berücksichtigt werden. Aus dieser Ueberzeugung heraus haben denn auch Bestrebungen innerhalb des Oberlehrerstandes eingesetzt, die positive Vorschläge zur kommenden Schulreform bezwecken.

Die Schwierigkeit der Umformung der bestehenden Schulen zu einem Gesamtorganismus kann nicht verkannt werden. Revolution ist nirgends gefährlicher als auf dem Kulturgebiet, weil hier jeder falsche Schritt unübersehbare Folgen nach sich zieht. Trotzdem sind folgende Forderungen im allgemeinen als berechtigt anzusehen: Aus der Grundforderung der Bildungsgemeinschaft des ganzen Volks folgt das Verlangen der Einrichtung einer Grundschule, die alle Kinder des Volkes, die auf öffentliche Erziehung Anspruch machen, umfaßt; aus dem Grundlag der richtigen und rechtzeitigen Förderung der Schüler nach Höhe und Art der Begabung, soweit das irgend möglich ist, entspringt die Forderung starker Sichtung und die Verzweigung des Schulsystems in sozial Haupttypen, als sich Hauptbegabungen finden. Dabei richten sich die Aufgaben der einzelnen Schulgattungen nach ihren Zielen: für Volks- und Mittelschule Vorbereitung auf praktische Fächer, für die höheren Schulen Vorbereitung für wissenschaftliche Arbeit — für alle Erziehung zum Menschen. Aus diesem letzten, gemeinsamen Ziel resultiert die Bezeichnung des ganzen Systems als „Einheitschule“.

Auf diesen Forderungen ein System aufzubauen hat außer Geheimrat Reinhardt, dessen Broschüre (Die Neugestaltung des deutschen Schulwesens. Teubner.) ich hier neulich besprochen habe, Direktor Louis versucht. Der Vertretertag der Preussischen Philologenvereine, der kürzlich in Berlin tagte, hat sich im allgemeinen auf seinen Standpunkt gestellt. Inzwischen sind aber auch im Berliner Philologenverein Vorschläge zur Neuorganisation erörtert worden, und namentlich Prof. Destreich und Oberlehrer Behrend haben Beiträge veröffentlicht, die auf der erwähnten Tagung besprochen wurden.

Einig ist man sich völlig darüber, daß die gemeinsame Grundschule vier Jahre dauern soll. Sie soll Einrichtungen erhalten, die es Begabten ermöglichen, in drei Jahren sie zu absolvieren. Im Allgemeinen denkt man an Begabtenklassen, die auf Grund von genauen Untersuchungen aus den Normalklassen zusammengestellt werden sollen. Sie würden also gewissermaßen die fort-fallenden Vorschulen ersetzen, dabei aber den Vorteil bringen, daß die Kinder lediglich nach ihrer Begabung und nicht nach anderen, unsachlichen Gesichtspunkten ausgesucht werden.

Auf die Grundschule folgt die Oberstufe der Volksschule; von ihr gehen die Schüler in die Fortbildungsschule über. An dieser Stelle nun schlägt Louis vor, auf die Volksschule zwei Oberklassen aufzubauen, damit von ihnen ein Uebergang in das „deutsche Gymnasium“ möglich ist. Diese beiden Klassen würden eine Fremdsprache und Mathematik treiben. Möglich wäre nach ihrer Absolvierung auch der Uebertritt in eine Fachschule, die auf die Mittelschule aufgebaut ist.

Neben der Oberstufe der Volksschule setzt sich nur auf die Grundschule die Mittelschule einerseits, die Unterstufe der höheren Lehranstalten andererseits; dadurch wird die unläugbare Schwierigkeit vermieden, daß aus derselben Mittelschule — wie dies Reinhardt wollte — sowohl die oberen Klassen der Mittelschule wie die der höheren Lehranstalten hervorgehen. Die Mittelschule führt in fünf Jahren zum Abschluß. Uebergangsmöglichkeiten in die höheren Schulen sollen hier überall für tüchtige Schüler geschaffen werden.

Die Unterstufe der höheren Lehranstalten umfaßt nach dem Louis'schen Plan drei Klassen; sie soll einheitlich gestaltet werden, also kann sie nur mit einer modernen Fremdsprache beginnen. Grade Reinhardt hat ja in Frankfurt am Main dies Reformsystem mit Erfolg durchgeführt; trotz der großen Bedenken, die man in Fachkreisen hat, besteht zweifellos die Möglichkeit, bei nur begabten Schülern und einem sehr tüchtigen und begeisterten Lehrerkollegium — und die Kollegien der Einheitschule werden alle besonders tüchtig sein müssen, wie die Einheitschule überhaupt besonders schwere Forderungen an Lehrer und Schüler stellt — mit dem Reformsystem gute Erfolge zu erzielen. Daneben will Louis aber historische Lehranstalten, wie z. B. Schulpforta anderer Systeme vorhanden sind (also namentlich in größeren Städten) auch Gymnasien und Realgymnasien alten Stiles vorderhand bleiben. Wenn das in bescheidenen Maßen geschieht, so wird sich dagegen schwerlich allzuviel einwenden lassen. Man darf nicht vergessen, daß die Gymnasien noch heute viel Freunde bei uns haben, die sie für bestimmte Studien für unerlässlich halten.

Dieser Louis'sche Plan hat nun aber ein Bedenken: im regelmäßigen Gang der Dinge würde nämlich ein Schüler ein volles Jahr mehr brauchen als jetzt. Da dies vollkwalifikativ selbst unter bedeutend besseren Verhältnissen als denen, die uns drohen, gradezu unmöglich ist, so geht die Meinung vieler Philologen dahin, das Pensum der Sexta bis zur Quarta auf zwei Jahre zu verteilen. Der Vertretertag hat sich allerdings auf den Standpunkt gestellt, daß der Lehrgang der höheren Schulen nicht verzögert werden darf. Ein großer Vorteil darf aber bei einer Zusammenbrückung nicht verkannt werden, den Behrend hervorhob. Die Schüler nämlich, aus denen die besonders für die höheren Schulen Begabten bereits nach Absolvierung der Grundschule ausgesucht sind, können noch ein zweites Mal nach Zurücklegung des dritten Jahres der Mittelschule gesiebt werden. Die dann Ausgesonderten würden in die Untertertia übertreten und so nur ein Jahr einbüßen.

Neben den drei bereits vorhandenen Typen der höheren Schulen soll nun nach den Vorschlägen des Vertretertages ein vierter, das „deutsche Gymnasium“ treten. Dies soll nur eine Fremdsprache treiben, dafür aber Deutsch und Geschichte nebst Geographie und Volkswirtschaftslehre, endlich auch Philosophie um so stärker betonen. Damit nicht — was nahe liegt — alle weniger Schul-tüchtigen sich auf diese Lehranstalten drängen, wird ausdrücklich erklärt, daß sie den anderen höheren Schulen völlig gleichwertig seien. Zweifel daran, ob dies durchgeführt werden könnte, wurden allerdings schon bei der Tagung laut.

Eine völlige Neuerung will Destreich einführen: er schlägt die Abschaffung eines Mindestlehrplans vor, der von Begabten

in vier Wochentagen erledigt wird, während an den beiden übrigen Wochentagen wahlfreie Kurse für sie angelegt werden. Dieser Vorschlag der, auf sämtliche Klassen angewendet, zu einer Auflösung der Schule führen müßte, hätte, auf die Oberstufe beschränkt, den großen Vorteil, das Eindringen immer neuer Fächer in den Pflichtunterricht und damit die zu starke Belastung der Schülerallgemeinheit zu verhüten. Der Vertretertag wollte nur die „freiere Gestaltung“ der Oberstufe zugestehen.

Endlich noch ein Wort über die schwierigste Frage, die Begabtenauslese. Zweifellos hat Spranger recht, wenn er erklärt, (Begabung und Studium. Teubner.) „Daß es in der Tat keinen anderen Prüfstein für den Grad und die Richtung der wissenschaftlichen Beabugung gibt als die betreffende wissenschaftliche Leistung selber“. Die These kann ohne weiteres dahin erweitert werden, daß auch auf der Schule die Begabung sich nur durch die Leistung erkennen läßt. In richtiger Würdigung dieser Tatsache hat der Berliner Philologenverein als Forderung aufgestellt: die Lehrer der Grundschule geben ihr Urteil ab. Auch wenn sie erklären, daß ein Schüler sich nicht für den Eintritt in eine höhere Schule eignet, sind die Eltern berechtigt, ihn dorthin zu überführen. Aber die Anstalt hat das Recht, ihn nach einer längeren Prüfungszeit zurückzuweisen. Er darf dann nicht auf eine andere höhere Schule übergehen. Scheinbar ist diese Lösung grausam, aber nur auf diese Weise ist der legendarische „Geldbeutel des Vaters“ ausgeschaltet. Sollte sich aber der Knabe später entwidern, so würden eben nach der Einrichtung der Einheitschule immer wieder Uebergangsmöglichkeiten bestehen. Auch gibt es Privatschulen. Selbstverständlich werden bei jeder Aus-scheidung neben den pädagogischen Urteilen auch psychologische zu berücksichtigen sein.